

Ultraliberale Korrespondenz

Schusswaffen

Obama will versuchen den Schusswaffenbesitz in den USA einzuschränken. Er nannte dabei eine Zahl von 30.000 Menschen, die jährlich durch Schusswaffen ums Leben kommen. Dabei hat er aber alles vermischt – Morde mit Unfällen. Ja, wenn man Unfälle vermeiden will, dann würde es wohl viel ergiebiger sein, Trittleitern zu verbieten und in allen Neubauten nur noch Lifts statt Treppen zuzulassen. Und alle, die Fenster putzen müssten vorher ein staatliches Diplom erhalten. Immerhin kommen allein in Deutschland jährlich 7500 Menschen im Haushalt um. Aufschlussreicher scheinen da die Zahlen der vorsätzlich getöteten Menschen zu sein. Das sind jährlich in Deutschland 0,8 pro 100.000 Einwohner, in Island 0,3, in Japan 0,4, in Italien 0,9, in Marokko 1,4, in den USA 4,8, in Russland 10,2, in Südafrika 31,8 und in Honduras 91,6.

Nicht alle werden mit Feuerwaffen getötet, es gilt zumeist die alte Regel: „Die Axt im Hause erspart die Maschinenpistole.“ Ob Obama das Waffenverbot erreichen wird ist mehr als zweifelhaft. Ich würde ihm raten, erst mal ein neues Gesetz vorzuschlagen, dass neue Waffen nur noch verkauft werden dürfen, wenn sie bei jedem Schuss künstliche DNS ausstossen, sodass die Verbrecher nicht mehr so leicht damit rechnen kann, nicht erwischt zu werden und dass die Waffen nur mit dem Fingerabdruck derjenigen funktioniert, auf der/die sie zugelassen sind. Das würde wohl auch von der Waffenindustrie begrüsst werden, verspricht es doch erhebliche Umsatzzuwächse. Aber Herr Obama fragt mich ja nicht.

Sicher ist die Lage in den USA verbesserungswürdig, aber Westeuropa ist nun in das andere Extrem gefallen: Beispiele: Noch nicht einmal die Betreuer der Kinder, die in Oslo von Herrn Breivik erschossen wurden, hatten eine Waffe. So konnte dieser Verbrecher über lange Zeit in aller Ruhe Kinder ermorden. Auch in Paris gab es im Batalclan Wachleute – auch die hatten keine Waffen. Und in Köln, als Verbrecher Jagd auf junge Frauen machten, hatte die Polizei Angst einzuschreiten, weil sie nicht zahlreich genug waren, obwohl die Polizisten ja Waffen trugen. Ja, man hätte ihnen ja dann vielleicht Vorwürfe machen können, wenn sie eingeschritten wären und von den Delinquenten angegriffen worden wären und dann die Pistolen tatsächlich eingesetzt hätten. Vielleicht ist das in Deutschland auch schon wie in Italien, wo Carabinieri regelmässig – auch bei gerechtfertigtem Gebrauch der Schusswaffe – von Richtern verurteilt werden. Etliche Richter sind noch immer 68-er Idioten, welche den Marsch durch die Instanzen geschafft haben.

Die liberalen Parteien

Eigentlich müsste es in Europa einen Boom der liberalen Parteien geben. Das Leiden der Bürger ist gross genug – in der Schweiz werden immerhin täglich 1400 Seiten Regeln, Vorschriften, Gesetze usw. verfasst, in der EU sind es 14.000. Es ist unverständlich, dass sich das die Bürger eines demokratischen Europas immer noch gefallen lassen. Liberale Politiker müssten meines Erachtens diese faschistoide Praxis stärker anprangern durch die unverantwortliche Politiker – angetrieben von obskuren Interessengruppen und schrecklichen Gutmenschen und Schützerlingen aller Art den Bürgern mehr und mehr die Freiheit nehmen.

Ich weiss, er war weitgehend auf nur ein Thema fixiert, auf zu hohe Steuern, aber ich

vermisse Herrn Westerwelle. Ja, er war schrill, aber er hat bewiesen, dass man sogar nur mit einem Thema gute Wahlerfolge erzielen kann. Mit mehr liberalen Themen dürfte in Deutschland die liberale Partei so ca. 20 % der Stimmen leicht auf sich vereinen. Natürlich waren seine Wähler dann furchtbar enttäuscht, als er sich von der Sozialistin Merkel hat über den Tisch ziehen lassen. Natürlich kann man bei der damaligen und jetzigen Haushaltslage nicht gleich die Steuern senken, aber man kann viele Massnahmen ergreifen Geld einzusparen, was später Steuerermässigungen zulässt. Um nur einiges zu nennen: Der Staat könnte sich peu a peu aus vielen Bereichen ganz verabschieden – zum Beispiel aus Kultur und Sport einschliesslich Veranstaltungen wie Meisterschaften, Olympiaden und derlei Unfug. Man sollte eine riesige Zahl von Verwaltungsbeamten feuern, auch wenn das zunächst einmal Geld kostet. Sie können dann zumindest nicht mehr so sehr die Bürger drangsaliieren. Beispielsweise sind die meisten Beamten der Bauämter überflüssig, die Einwohnermeldeämter ebenso, die meisten Konsulate könnten geschlossen oder mit denen anderer EU-Ländern zusammen gelegt werden. Den hysterischen Umweltschutz sollte man stark zurückfahren und vieles andere mehr. Wo man hinschaut – nutzlose, oft schädliche Bürokratie.

Ein gutes – liberales Wahlversprechen wäre, wenn die liberale Partei sich für eine Legislaturperiode klare Ziele setzt: So und so viele Beschäftigte in der Verwaltung des öffentlichen Dienstes versuchen wir abzuschaffen bzw. zu feuern und so und so viele Gesetze und Verordnungen versuchen wir aufzuheben. Ob das dann gelingt oder an den möglichen Koalitionspartnern scheitert, ist eine zweite Frage. Aber man muss ja keine Koalition eingehen, die in die falsche Richtung geht. Ich bin sicher, hätte Herr Westerwelle damals Frau Merkel einen Korb gegeben, hätte die FDP heute 20 %. Und eine 20 % - Partei hat auch in der Opposition so viel Gewicht, dass die Regierung vorsichtig ist.

Ich hoffe also wieder auf schrille europäische Liberale. Die Aussagen müssen nicht von vornherein mehrheitsfähig sein. Man muss dann oft Kompromisse eingehen, aber man sollte doch erst einmal seine liberale Meinung sagen und dann zumindest versuchen, sie so weit wie möglich durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüssen

Peter Paris

Stiftung/Fondazione Liberalissimo & Jeunesse d'Afrique i.G./i.f. Via Monte Grappa, 2 , I - 21010
Castelveccana (Varese/Italy) Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS),
Fax: (+39)0332 522 E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu